

## EU-Kommissarin: "CETA ist fertig"



Foto: APA/EPA/OLIVIER HOSLET

EU-Handelskommissarin Cecilia Malmström (Archivbild)

**EU-Handelsminister beraten in Bratislava. Kommission schließt Neuverhandlungen aus. Mitterlehner sieht alles geklärt, Kern sieht sich mit Kritik an CETA nicht allein.**

23.09.2016, 12:31

      67 Shares

Die für Handel zuständigen Minister der EU-Länder bemühen sich heute Freitag in Bratislava darum, Sorgen einiger Mitgliedsländer mit dem Freihandelsabkommen CETA, allen voran Österreichs, aufzufangen. Neuverhandlungen über das Abkommen mit Kanada wird es zwar nicht geben, versicherte EU-Kommissarin Cécilia Malmström zu Beginn der Gespräche aber "juristische Klarstellungen" könne es geben.

"CETA ist fertig. Wir werden es nicht wieder aufmachen", so Malmström vor Journalisten. Es gehe darum "Erklärungen und Klarstellungen abzugeben, die manche Sorgen beruhigen können". Es sei wichtig, dass solche Sorgen heute geäußert werden, damit die entsprechenden Erklärungen bis zum Gipfel mit Kanada Ende Oktober vorbereitet werden können. Am gestrigen Abend habe es ein Essen mit der kanadischen Ministerin gegeben, die sehr bereit wäre, mit der EU zusammenzuarbeiten. "Ich hoffe", dass wir die Sorgen Österreichs ausräumen können, so Malmström auf eine entsprechende Frage. Unter anderem gebe es Bedenken, dass Länder nicht mehr autonom regulieren können. "Das ist zwar im Vertrag kristallklar, aber vielleicht muss das in einer Erklärung noch klarer werden."



Foto: APA/AFP/STRINGER

Greenpeace-Protest in Bratislava

Gut hundert Demonstranten haben sich gegenüber dem Gebäude versammelt. Lautstark skandierten sie zu Mittag auf Deutsch und Englisch Parolen gegen das Freihandelsabkommen zwischen der EU und Kanada. Die Gruppe war hörbar international aufgestellt - rund um einen starken österreichischen Kern.

### **"Kern muss schauen, wie er da wieder herauskommt"**

Wirtschaftsminister und ÖVP-Chef Reinhold Mitterlehner machte vor Beginn des Treffens klar, dass er die Bedenken der SPÖ nicht teilt. Die Inhalte seien eingebracht, "aus unserer Sicht sind die Fragen geklärt - das ist jetzt meine Sicht als Koalitionspartner und Wirtschaftsminister", sagte er.



Foto: APA/JAKOB GLASER

Vizekanzler Mitterlehner beim informellen EU-Außenhandelsrat in Bratislava

"Mögliche Interpretationsfragen" könne man in einer rechtsverbindlichen Deklaration klären". Von der vorläufigen Anwendung sollte insbesondere der Investitionsschutz ausgenommen werden. "Wir haben die Probleme eigentlich gelöst, und mögliche Interpretationsfragen kann man mit dieser Erklärung auch erledigen und auf der anderen Seite muss eben dann der Bundeskanzler und die SPÖ schauen, wie man **aus dieser problematischen Situation**, in die man sich selber hineinmanövriert hat, auch wieder rauskommt", richtete Mitterlehner seinem Koalitionspartner aus.

### **Kritik vom Grün-Abgeordneten Kogler**

Der Grüne Nationalratsabgeordnete Werner Kogler hält wenig von der geplanten verbindlichen Zusatzklärung zum Freihandelsabkommen CETA. Im Falle eines Rechtsstreits würde dieser "Beipackzettel" wenig nutzen meinte er nach der Sitzung der EU-Handelsminister zur APA. "Am Ende wird das Medikament verabreicht und nicht der Beipackzettel."

"Immerhin ein Fortschritt" sei, dass die für CETA vorgesehenen Schiedsgerichte erst dann in Kraft treten werden, wenn die nationalen Parlamente das Abkommen abgesegnet haben. Für Kogler ist das aber im Grunde noch zu wenig, er würde sich wünschen, dass die Regierung die Zustimmung zum Vertrag verweigert – und die Unterzeichnung beim EU-Kanada-Gipfel am 27. Oktober verhindert – bis die Schiedsgerichte endgültig aus dem Vertrag gestrichen sind. Seines Wissens haben mehrere EU-Staaten mit den Schiedsgerichten Probleme. Für Kanada sei eine Streichung kein Problem, meint Kogler.

Kritisch sieht Kogler auch die Beweisumkehr im Vorsorgeprinzip. Laut CETA müsste man nachweisen, dass ein Produkt gefährlich ist, um es zu verbieten, statt dass man beweisen muss, dass es ungefährlich ist, um es einzuführen. Hier würde er sich Nachbesserungen wünschen. Die reinen

Handelsvereinbarungen – also den Abbau von Zöllen – begrüßt Kogler hingegen.

## Sigmar Gabriel: Loblied auf CETA

Ein richtiges Loblied auf CETA sang der deutsche Wirtschaftsminister und SPD-Chef Sigmar Gabriel. "Es muss allen klar sein, dass mit CETA ein Stand erreicht wird, der weit über alles hinausgeht, was wir je erreicht haben", sagte er. Damit schaffe man erstmals "vernünftige Regeln für die Globalisierung". Erstmals würden damit keine Standards abgesenkt, es führe nicht zu Zwangsprivatisierungen oder sinkenden Verbraucherstandards. Auch wenn man CETA noch verbessern könne, sei das Abkommen ein bedeutender Schritt über die Zusammenarbeit mit Kanada hinaus. Nicht nur sei dies nun der Standard für ein allfälliges künftiges Abkommen mit den USA, sondern auch alle alten Freihandelsabkommen sollten auf diesen Standard aufgewertet werden. "Das ist ein Beispiel wie man den Welthandel nachhaltig gestalten kann".



**kurier.at**

Debatte" **Investitionsregeln** sichergestellt werden muss bei Schiedsgerichten, öffentlichen Ausschreibungen und der Daseinsvorsorge. Darüber werde man reden.

## Keine vorläufigen Schiedsgerichte

Die Handelsminister sind sich einig, dass die umstrittenen Schiedsgerichte als Streitschlichtungsinstanz im Handelsabkommen zwischen EU und Kanada nicht vorläufig in Kraft treten, sagte Gabriel. Sie werden also erst eingeführt, wenn alle nationalen Parlamente das Abkommen ratifiziert haben. Außerdem habe man sich geeinigt, dass die für Handel zuständigen Minister der Mitgliedsländer am 18. Oktober zu einem außerordentlichen Treffen zusammenkommen, um die formale Entscheidung über CETA zu treffen. Man wolle verhindern, dass das Thema als Randnotiz im Rahmen des ohnehin geplanten Außenministertreffens abgehandelt wird.

Nicht ganz überzeugt zeigte sich der belgische Wirtschaftsminister Didier Reynders. Bei öffentlichen Dienstleistungen und Sozialstandards müsse es noch Klarstellungen geben, diese müsse man "in einer Erklärung präzisieren", sagte er vor Beginn der Veranstaltung in Bratislava. 

## Kern: SPÖ-Kritik an CETA kein Einzelfall

Die SPÖ sei mit ihrer **CETA-kritischen Einstellung** in Europa kein Einzelfall: "Es gibt massive Bedenken auch in Slowenien, Rumänien, Ungarn, Belgien. Dass Hunderttausende demonstrieren, zeigt ja auch, dass nicht nur wir so empfinden", sagte Bundeskanzler Christian Kern (SPÖ) im Interview mit der

*Tiroler Tageszeitung*. Die Diskussion sei "obskur und so eine Spin- und Propagandageschichte geworden", weil es gar nicht um den freien Handel gehe, so Kern. Österreich habe eine exponierte Volkswirtschaft und brauche natürlich die internationale Kooperation, also auch den freien Handel. "Das ist ganz wichtig für uns."

Das Problem bei diesem Abkommen liege darin, dass es über den Freihandel hinaus eine Reihe von anderen Dingen regle, bis zur Frage, ob Strom, Gas, Abwasser usw. liberalisiert werden müssen oder nicht. "Und das sind die Fragen, bei denen wir klare Lösungen haben wollen, damit uns das Abkommen nicht die Möglichkeit nimmt, demokratisch legitimierte politische Entscheidungen zu treffen", betont Kern.

ÖVP-Klubobmann Reinhold Lopatka geht davon aus, dass Kern letztlich CETA zustimmen wird. Es herrsche Einigkeit der Experten, dass es sich um eines der am besten verhandelten Abkommen unter den vielen bereits existierenden handle, sagte er in einer Pressekonferenz. Vorbehalte der Mitgliedsstaaten seien berücksichtigt.

### **Eilanträge gegen CETA-Umsetzung**

Das deutsche Verfassungsgericht in Karlsruhe wird am 12. und am 13. Oktober in einem Eilverfahren darüber entscheiden, ob die Umsetzung des Freihandelsabkommens vorläufig ausgesetzt werden muss. Bei der Entscheidung des Zweiten Senats gehe es um einen vorläufigen Stopp der Ratifizierung, bis das höchste deutsche Gericht endgültig geklärt habe, ob das umstrittene Handelsabkommen mit der Verfassung in Einklang stehe.

Verhandeln werden die acht Verfassungsrichter über insgesamt vier Eilanträge und eine Organklage der Linken. Die Kläger wenden sich vor allem gegen die Investitionsgerichte, die in Streitfragen entscheiden sollen. Weiterer Kritikpunkt ist, dass ein Ausschuss zu Vertragsänderungen befugt sein soll. Vor allem sehen die Beschwerdeführer CETA aber als möglichen Wegbereiter für das geplante Freihandelsabkommen der EU mit den USA (TTIP). In dem Eilverfahren prüft das Bundesverfassungsgericht, ob die möglichen Nachteile durch ein vorläufiges Inkrafttreten des Abkommens so schwerwiegend sind, dass ein Stopp geboten ist.

---

PRO & CONTRA

## **Für und wider CETA - So argumentieren die Lager**

[weiter lesen](#) ▾

---

(APA/dpa/Reuters / tem) Erstellt am 23.09.2016, 10:26

..

## SPÖ-Mitglieder: 88 Prozent gegen CETA-Anwendung

kurier.at

Politik

Ausland

Schreiben Sie jetzt Ihre Meinung

18 POSTS ANZEIGEN

POSTEN



Köln: Syrer sollte Bombe  
im Mülleimer deponieren



Gülen sicher: Erdogan hat  
den Putsch selbst  
inszeniert



Südkorea hat Pläne zur  
Tötung von Kim Jong Un



Erdogan wirft USA  
Bewaffnung von  
Kurdenmilizen vor



Waffenkurier für Pariser  
Anschläge legte  
Geständnis ab



Briefwahl: Viele  
Amerikaner haben schon  
gewählt

### Das Beste aus dem Web

empfohlen von





## Mehr aus News



## Mehr aus Lifestyle





**9 Gewürze, die von innen wärmen**



**Fleischkonsum: Unsere Steaks reisen um die Welt**



**Verbrannter Schokoladenpudding im neuen Restaurant You.**